

Kontroverse um „achim dialog“

Mit knapper Mehrheit empfiehlt der Finanzausschuss die Fortsetzung der Plattform

VON KAI PURSCHKE

Achim. Mit nur einer Stimme Mehrheit hat der Ausschuss für Finanzen am Montagabend empfohlen, dass die Bürgerbeteiligungsplattform „achim dialog“ auf unbestimmte Zeit fortgesetzt werden soll. Die endgültige Entscheidung darüber trifft der Rat in seiner nächsten Sitzung am 8. März (19 Uhr, Rathaus). Das Ergebnis aus dem Ausschuss kann als Beleg dafür gewertet werden, wie kontrovers die Online-Bürgerbeteiligung von den Fraktionen gesehen wird. Insbesondere die CDU und die FDP fordern die Abschaltung des Systems, während die SPD, die Grünen und die WGA „achim dialog“ wie die Stadtverwaltung am Leben halten wollen (wir berichteten).

Die Christdemokraten hatten bereits vor knapp einem Jahr Anlauf genommen, um das System wegen der geringen Nutzerzahl und der aus ihrer Sicht zu hohen Kosten abzuschalten, da jetzt die zweijährige Testphase endet. Sie zogen den Antrag damals aber zurück und kündigten an, in diesem Jahr einen neuen Vorstoß zu unternehmen, „wenn es bis dahin nicht 1000 Nutzer sind“, wie Philip Nürnberg damals sagte. Nun, dieser Antrag kam nie, stattdessen beantragte Karl-Heinz Lichter für die CDU nun abermals die Abschaltung der Plattform, für die

175 Achimer sich bisher haben registrieren lassen, wobei höchsten ein Sechstel davon aktiv ist. Mit vier zu fünf Stimmen unterlagen die Unionsvertreter aber knapp, weil ihr häufiger „Koalitionspartner“ Wolfgang Heckel (WGA) in dieser Frage eine andere Meinung vertritt. „Ich stehe zu der Plattform, denn besser kann der Bürger nicht über Anregungen diskutieren“, erklärte er seine verwaltungsnahe Haltung.

Alle zwei Jahre prüfen

Jürgen Kenning (Grüne) sagte zwar, dass er angesichts der Nutzerzahlen „ernüchtert“ und „erschrocken“ sei, aber „achim dialog“ bliebe der einfache Weg für den Bürger, seine Anliegen in die politischen Gremien zu bringen. Er plädierte dafür, das System fortzusetzen, aber alle zwei Jahre drauf zu schauen und vielleicht in Erwägung zu ziehen, es zu stoppen, wenn die Beteiligung einschläft. Herfried Meyer (SPD) sieht kein anderes Werkzeug für den Bürger, sich zu beteiligen und Anliegen in die Fachausschüsse zu bringen.

Für Ingo Müller von der FDP gibt es zwei Gründe, die gegen „achim dialog“ sprechen: Da wären zum einen die 7500 Euro, die der Betrieb der Plattform pro Jahr kostet und zum anderen hat er eine „Augenwischerei“ ausgemacht. Denn die Nutzerzahlen seien

so gering und bei Abstimmungen nicht repräsentativ, dass die Politik mit Verweis auf die geringe Beteiligung schon bei den zurückliegenden Entscheidungen dem Bürgerwillen nicht gefolgt war (wir berichteten). Für Müller ist „achim dialog“ wie für Philip Nürnberg (CDU) durchgefallen. Dieser fügte noch hinzu, dass die Weiterverarbeitung von Anträgen, bei denen sich nur ein paar Bürger durchgesetzt hätten, unnötig Kapazitäten in der Verwaltung binde. Achim solle daher anderen Kommunen – dem Landkreis Friesland etwa, der einst Vorreiter mit solch einer Plattform war – folgen und das Projekt für beendet erklären.

Davor warnte Christine Vornholt (Grüne), die in dem Angebot eine Chance auf mehr Bürgerbeteiligung sieht. „Das jetzt abzuschalten, das wäre fatal“, findet sie. Für ihre Fraktionschefin Silke Thomas ist es nicht entscheidend, ob eine Abstimmung auf der Plattform repräsentativ ist oder nicht. „Wichtig ist, dass ein repräsentatives Gremium wie der Rat darüber entscheidet.“

Die Beteiligungsplattform ist unter www.achim-dialog.de zu erreichen. Sie war am 1. Mai 2016 gestartet. Direkt auf der Homepage können die Bürger ihre Zugangsdaten beantragen, ein Freischaltcode wird ihnen per Post zugeschickt. Jeder Achimer ab 16 Jahren kann mitmachen.